



# SITZUNGSNIEDERSCHRIFT

Gremium		
<b>Finanzausschuss</b>		
Sitzungsort <b>Sitzungssaal, 2. OG, VG I, Hauptstraße 14</b>		
Datum <b>17.03.2011</b>	Beginn <b>17:03 Uhr</b>	Ende <b>20:42 Uhr</b>

Zur heutigen Sitzung sind folgende Damen und Herren ordnungsgemäß eingeladen worden und sind anwesend:

## Mitglieder

Hortolani, Frauke Dr.  
Orentat-Steding, Ingrid  
Philipp, Gerd E.  
Schwabe, Bernd Ulrich  
Tempel, Gabriele  
Grüntker, Hermann  
Kampschulte, Matthias  
Steuernagel, Rolf  
Zeilert, Hans-Jürgen  
Dilly, Mike  
Stark, Wolfgang

Vertretung des Herrn Schwunk als  
ordentliches Mitglied

Gießwein, Brigitta  
Gießwein, Marcel  
Kranz, Jürgen  
Lubitz, Eleonore  
Siepmann, Ernst Walter

## stellv. Vorsitzender

Flüshöh, Oliver

Vertretung des Herrn Schwunk als  
Vorsitzender

## Sitzungsteilnehmer/innen von der Verwaltung

Guthier, Wilfried  
Kaltenbach, Rosemarie  
Menke, Olaf  
Mollenkott, Marion  
Schweinsberg, Ralf  
Stobbe, Jochen  
Striebeck, Thomas

## Schriftführer/in

Müller, Ursula

Abwesend:

**Vorsitzender**

Schwunk, Michael

Vertretung als Vorsitzender durch  
Herrn Flühöh; Vertretung als  
ordentliches Mitglied durch Herrn  
Stark

Zu Beginn der Sitzung stellt der Vorsitzende, Herr Flühöh (CDU-Fraktion), fest, dass der Ausschuss ordnungsgemäß eingeladen worden und beschlussfähig ist.

Anschließend weist er darauf hin, dass folgende Unterlagen ausliegen:

- Tagesordnung des FA 17.03.2011 mit Kurzerläuterungen
- Beteiligungsberichte 2008 und 2009 (Anlagen zur Vorlage 042/2011)
- Mitteilung des Immobilienmanagements: Umgesetzte Maßnahmen 2010

Herr Gießwein (Grüne-Fraktion) erkundigt sich, warum der Tagesordnungspunkt „Brandschutz“ nicht in die Tagesordnung aufgenommen worden ist, obwohl dies mit Schreiben vom 06.03.2011 beantragt wurde. Herr Bürgermeister Stobbe erläutert, dass der Antrag mindestens 16 Tage vor der Sitzung des Finanzausschusses vorliegen muss, um in die Tagesordnung aufgenommen werden zu können. Herr Gießwein wünscht die Aufnahme des Tagesordnungspunktes im nächsten Hauptausschuss oder Rat.

Herr Flühöh lässt über die ungeänderte Tagesordnung abstimmen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: X**

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2011
  
- 2 Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung
  
- 3 Mitteilungen
  
- 4 Haushaltssicherungskonzept
  
- 4.1 Sachstandsbericht aus den Arbeitsgruppen Sport, Martfeld, Heimatfest
  
- 4.2 Weiterer Sachstandsbericht zu den HSK-Prüfaufträgen 048/2011
  
- 4.3 Mündlicher Bericht über das Gespräch mit der Kommunalaufsicht am 07.02.2011
  
- 4.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" 248/2010

4.5	Nachbetrachtung "Bericht des Leiters VHS-Zweckverband" Stellungnahme zum Finanzierungsschlüssel "VHS-Umlage" und "Negatives VHS-Eigenkapital"	010/2011
4.6	Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul- und Kulturräume	230/2010/3
4.7	Städtische Sportstätten als Betrieb gewerblicher Art (BgA) - Weiterer Sachstandsbericht	007/2011/1
5	Bekanntgabe von Haushaltsüberschreitungen	049/2011
6	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010
7	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010/1
8	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010/2
9	Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS)	129/2010/3
10	Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen "Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I"	038/2011
11	Künftige Verwendung der Sportplatzfläche an der Wilhelmshöhe	032/2011
12	Bewilligung von überplanmäßigen Auszahlungen "KII" (Genehmigung einer) Dringlichkeitsentscheidung gemäß § 60 Abs. 1 Satz 2 GO NRW	025/2011

- |    |  |            |
|----|--|------------|
| 13 | Vereinbarungen zwischen dem Ennepe-Ruhr-Kreis und den kreisangehörigen Städten zur Heranziehung und zur anderweitigen Verteilung der Aufwendungen für kommunale Leistungen nach dem SGB II | 036/2011/1 |
| 14 | Beteiligungsberichte 2008 und 2009   | 042/2011   |
| 15 | Fragen des Ausschusses an die Verwaltung   |            |

## **A Öffentliche Tagesordnung**

- 1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2011

### **Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die Niederschrift der Sitzung vom 27.01.2011 wird genehmigt.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: x**

- 2 **Fragen der Einwohner/innen an Finanzausschuss und Verwaltung**

keine

- 3 **Mitteilungen**

Herr Stobbe weist die Ausschussmitglieder auf die ausliegende Aufstellung des Immobilienmanagements über im Jahre 2010 umgesetzte Baumaßnahmen hin und erläutert, dass diese der Politik zu allgemeinen Informationszwecken dienen soll.

Herr 1. Beigeordneter und Stadtkämmerer Schweinsberg informiert, dass die Absicht besteht, den Finanzausschuss am 07.04.2011 ausfallen zu lassen und die nächste Sitzung auf den 19.05.2011 zu terminieren. Dagegen werden keine Einwände erhoben.

- 4 **Haushaltssicherungskonzept**

- 4.1 **Sachstandsbericht aus den Arbeitsgruppen Sport, Martfeld, Heimatfest**

#### Heimatfest:

Frau Orentat-Steding (SPD-Fraktion) gibt an, dass keine neuen Informationen vorliegen.

#### Sport:

Herr Kampschulte (CDU-Fraktion) verweist auf den TOP 4.7 und damit auf die Vorlage 007/2011/1 „Städtische Sportstätten als Betrieb gewerblicher Art (BgA) – Weiterer Sachstandsbericht“.

#### Martfeld:

Herr Philipp (SPD-Fraktion) berichtet über die letzte Sitzung der Arbeitsgruppe, in der alle Beteiligten eine Ortsbegehung durchgeführt haben. Außerdem führt er aus, dass

sich die Beteiligten dahingehend geeinigt haben, dass bis zur nächsten Sitzung alle Fraktionen ihre grundsätzliche Positionierung zu Martfeld formulieren.

#### **4.2 Weiterer Sachstandsbericht zu den HSK-Prüfaufträgen**

**048/2011**

Frau Lubitz (Fraktion Die Linke) erkundigt sich, ob im Rahmen der Überlegungen zum Wechsel der Versandanbieter (FB 1, Nr. 1) auch die Diskussion über die Mindestlohnstandards berücksichtigt worden ist. Frau Kaltenbach (Fachbereichsleitung Ratsmanagement, Zentrale Dienste) erwidert, dass bei der Auswahl privater Anbieter grundsätzlich alle gesetzlichen Vorschriften beachtet werden.

Herr Gießwein fragt nach, ob der Ansatz i.H.v. 24.000 € (vgl. FB5/6 Nr. 3) für die Sanierung eines Feuerlöschteiches in Zusammenhang mit einem Unfall (Fahrzeug im Feuerlöschteich) steht und ob die Stadt die entstandenen Kosten dem Verursacher zwischenzeitlich in Rechnung gestellt hat.

##### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:*

*Durch den beschriebenen Vorfall kam es zu Beschädigungen am Feuerlöschteich. Der Verursacher ist der Verwaltung bekannt. Die Kosten des Feuerwehreinsatzes und die Kosten für die Beschädigung wurden dem Verursacher bereits in Rechnung gestellt.*

*Die im Etatansatz enthaltenen 24.000 € für die Grundsanierung des verschlammten Teiches stehen mit dem Unfall nicht in Zusammenhang.*

Frau Lubitz erkundigt sich, warum die Bedarfsampel für Fußgänger in der Hagener/ Straße/ Ulmenweg bereits stillgelegt wurde, obwohl wie eigentlich von der Verwaltung angekündigt, bisher kein Fußgängerüberweg eingerichtet wurde (vgl. FB 5/6 Nr. 9). Herr Guthier (Leitung Fachbereich 5 Bürgerservice) verspricht den Sachverhalt zu prüfen.

##### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:*

*Aufgrund eines technischen Defektes ist die Fußgängerampel in der Hagener Straße seit einiger Zeit nicht mehr in Betrieb und daher von den TBS abgedeckt worden. Da für die Reparatur der Ampel ein höherer Betrag veranschlagt werden muss, wird es mit Hinblick auf die Einrichtung des angeordneten Fußgängerüberweges als unwirtschaftlich angesehen, die Reparatur noch durchführen zu lassen. Aus Witterungsgründen konnte der Fußgängerüberweg bisher nicht markiert werden. Die Umsetzung der Maßnahme ist für Anfang April vorgesehen. Bis dahin sind die Verkehrsteilnehmer auch durch die nicht in Betrieb befindliche Fußgängerampel zu besonderer Vorsicht angehalten.*

Herr Kampschulte wünscht eine nähere Erläuterung zu dem in der Vorlage aufgeführten Konsolidierungsbetrag i.H.v. 44.000 € bei der HHSt 01.01.13.522110 „An TBS für die Unterhaltung des sonstigen unbeweglichen Vermögens“ für das

Hauhaltsjahr 2012 (vgl. IM Nr. 4). Herr Striebeck (Stellvertretender Leiter Immobilienmanagement) sichert eine Erläuterung zu.

### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:*

*Der Konsolidierungsbeitrag setzt sich wie folgt zusammen:*

<i>Absenkung des urspr. gemeldeten Pauschalbetrages für Sportplatzunterhaltung</i>	<i>22.000 €</i>
<i><u>Übertragung Sportplatzpflege Linderhausen</u></i>	<i><u>22.000 €</u></i>

*Summe Konsolidierungsbeitrag* *44.000 €*

Herr Philipp spricht sich im Namen seiner Fraktion dafür aus, dass die Pflegeleistungen der TBS für den jüdischen Friedhof sowie für Kriegs- und Ehrengräber nicht abgesenkt werden (vgl. Bereich IM, Nr. 9). Herr Stobbe sagt zu, die Thematik auf die Tagesordnung der nächsten Verwaltungsratsitzung TBS setzen zu lassen.

Die Sitzungsvorlage 048/2011 wird zur Kenntnis genommen.

### **4.3 Mündlicher Bericht über das Gespräch mit der Kommunalaufsicht am 07.02.2011**

Herr Schweinsberg berichtet über das am 07.02.2011 mit Vertretern des Ennepe-Ruhr-Kreises und der Bezirksregierung Arnsberg stattgefundene Gespräch zur Haushaltskonsolidierung, in welchem schwerpunktmäßig die kommunalen freiwilligen Leistungen auf dem Prüfstand waren. Die in diesem Rahmen für die Kommunalaufsicht seitens der Verwaltung zusammengefassten Informationen werden dem Protokoll als Anlage beigelegt (Anlagen 1 bis 3 zu TOP A 4.3).

Herr Schweinsberg führt aus, dass die Kommunalaufsicht signalisiert hat, dass die Stadt Schwelm im Hinblick auf ihre Konsolidierungsbemühungen auf dem richtigen Weg ist. Er berichtet u.a., dass die Einsparungen im Bereich Musikschule positiv beurteilt wurden, der Zuschussbedarf im Bereich Hallenbad aber kritisch gesehen wird.

Herr Flüshöh erkundigt sich, wann der Abschlussbericht der Kommunalaufsicht vorliegen wird. Herr Stobbe antwortet, dass sich die Fertigstellung des Berichtes nach Aussage der Bezirksregierung krankheitsbedingt verzögert hat. Außerdem weist er darauf hin, dass das nächste Gespräch mit der Aufsicht am 05.04.2011 stattfinden wird.

### **4.4 Antrag der CDU-Fraktion vom 09.11.2010 "Konzept zur Haushaltskonsolidierung" 248/2010**

Herr Flüshöh berichtet, dass sich die Fraktionen SPD, Grüne, FDP und CDU über den CDU-Antrag vom 09.11.2010 ausgetauscht haben. Vor diesem Hintergrund beantragt er, dass die Verwaltung eine aktuelle Analyse der im Antrag

aufgeworfenen Fragestellungen erstellt. Er weist darauf hin, dass bei der anstehenden Betrachtung davon ausgegangen werden soll, den jährlichen Fehlbetrag auf maximal 60 % des jeweils zur Verfügung stehenden Eigenkapitals zu begrenzen. Die Fraktionen einigen sich darauf, eine abschließende Entscheidung im Rahmen der Diskussionen über den 2. Nachtrag 2010/2011 zu treffen.

Der Beschluss über die Vorlage 248/2010 wird in die nächste Sitzung des Finanzausschusses vertagt.

#### **4.5 Nachbetrachtung "Bericht des Leiters VHS- Zweckverband" 010/2011 Stellungnahme zum Finanzierungsschlüssel "VHS-Umlage" und "Negatives VHS-Eigenkapital"**

Herr Steuernagel (CDU-Fraktion) merkt an, dass die Stadt Schwelm seiner Ansicht nach die Rückstellung für ungewisse Verbindlichkeiten i.H.v. 365.117,98 € bereits in der Eröffnungsbilanz hätte berücksichtigen müssen und nicht erst im Rahmen des Jahresabschlusses 2008. Herr Schweinsberg und Frau Mollenkott (Stellvertretende Leiterin FB 3) erwidern, dass der Stadt Schwelm zum Bilanzstichtag noch keine entsprechenden Informationen vorlagen und daher keine Aufnahme des Sachverhalts in der Eröffnungsbilanz erfolgen konnte.

Herr Stobbe berichtet davon, dass er in Bezug auf die Fragestellung „Neufestlegung des Finanzierungsschlüssels VHS-Umlage“ den Mitgliedsstädten einen Vorschlag unterbreitet hat, der eine stufenweise Anpassung des Finanzierungsschlüssels enthält, da jede neue Verteilung Gewinner und Verlierer hervorbringt. Er erläutert, dass sein Vorschlag vorsieht, zunächst ab 2012 für die Dauer von 4 Jahren ca.  $\frac{1}{4}$  der Verbandsumlage (rd. 100.000 €) nach einem noch festzulegenden neuen Schlüssel und den Rest wie bisher umzulegen. Er führt aus, dass der neue Verteilungsschlüssel z.B. aus den Einwohnerzahlen oder aus der Herkunft der VHS-Kursteilnehmer resultieren kann. Herr Stobbe erklärt außerdem, dass nach Ablauf der 4 Jahre ein weiteres Viertel der Verbandsumlage nach dem neuen Schlüssel verteilt werden soll. Dieses Verfahren soll solange weitergeführt werden bis letztendlich in einem Zeitraum von 12 Jahren der komplette Betrag der Verbandsumlage nach dem neuen Schlüssel verteilt wird.

Herr Gießwein greift die Diskussion im letzten Finanzausschuss auf, in der man sich darauf geeinigt hat, dass ein Ratsbeschluss zur Kostenreduzierung der VHS für erforderlich gehalten wird. Der durch die Grüne-Fraktion entworfene Beschlussvorschlag wird einvernehmlich um den Vorschlag des Herrn Stobbe zur „Neufestlegung des Finanzierungsschlüssels VHS-Umlage“ ergänzt und zur Abstimmung gestellt.

#### **Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Die Berichtsvorlage 010/2011 wird zur Kenntnis genommen.

Ergänzend empfiehlt der Finanzausschuss dem Rat folgenden Beschluss zu fassen:

1. Der Rat der Stadt Schwelm fordert, dass der Zuschuss zum Zweckverband VHS gleichmäßig auf alle an der VHS beteiligten Städte durch eine Neuordnung des Verteilungsschlüssels verteilt wird. Der Vorschlag des

Bürgermeisters in der Sitzung der beteiligten Städte zum Thema VHS am 24.02.2011, eine stufenweise Umstellung der Verbandsumlage einzuleiten, wird unterstützt.

2. Der Rat der Stadt Schwelm fordert die VHS auf, das Angebot hinsichtlich des Kostendeckungsgrades so zu überprüfen, dass bereits im Markt vorhandene Angebote, die nicht kostendeckend sind, zukünftig vermieden werden oder durch Absprachen mit anderen öffentlich finanzierten Anbietern gemeinsam eine deutlich höhere Kostendeckung erzielt wird, ggf. dadurch, dass verschiedene Anbieter jeweils einzelne Angebote aufgeben.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: x**

#### **4.6 Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul- und Kulturräume 230/2010/3**

Herr Schweinsberg berichtet über die Beratung der Vorlage im Ausschuss für Kultur und Sport am 16.03.2011. Die Fraktionen einigen sich darauf, dass neben den ansonsten in der Vorlage genannten Objekten, vor allem die Mensa des Märkischen Gymnasiums zeitnah von der Verwaltung im Hinblick auf ihre tatsächlichen Betriebskosten untersucht werden soll.

Herr Siepmann (BFS-Fraktion) beantragt, dass die Kostenermittlung für die Mensa des Märkischen Gymnasiums bis zum Finanzausschuss am 13.10.2011 vorgelegt werden soll.

Herr Zeilert (CDU-Fraktion) erkundigt sich, was unter dem in der Vorlage genannten Begriff „Technik“ der Mensa Gymnasium zu verstehen ist.

#### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung nimmt wie folgt Stellung:*

*Der Begriff Technik umfasst alle Bestandteile der Licht- und Tonanlage.*

Der Antrag der SPD Fraktion v. 23.01.2011 zur Neufassung der Entgelt- und Nutzungsordnung für die Nutzung städtischer Schul- und Kulturräume (Anlage 3 zur Vorlage 230/2010/3) wird zurückgezogen.

Der Antrag der BfS-Fraktion v. 09.02.2011 (Anlage 2 zur Vorlage 230/2010/3) wird unter c) und d) wie folgt geändert und zur Abstimmung vorgelegt.

- a) Das städtische Immobilienmanagement wird beauftragt, die tatsächlichen Betriebskosten pro Stunde für die in der Sitzungsvorlage 230/2010 genannten Räumlichkeiten zu ermitteln

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: x**

- b) Es wird eine neue Entgeltordnung auf Basis der ermittelten Werte aufgestellt. Dabei wird zwischen einer kulturellen, sportlichen und vereinsinternen Nutzung unterschieden. Ebenso wird festgelegt, welche Räume ersatzweise als Sportstätte genutzt werden können und welche Art der ausnahmsweisen

Nutzung als Sportstätte gestattet werden können.

**Abstimmungsergebnis: dafür 12**  
**dagegen: 5**

c) Punkt c) des Antrages wird ersatzlos gestrichen.

d) Die ermittelten Werte werden in **einjährigem** Intervall durch das Gebäudemanagement überprüft, die Entgeltordnung ggf. entsprechend angepasst.

**Abstimmungsergebnis: dafür 12**  
**dagegen: 3**  
**Enthaltungen: 2**

Anschließend wird die Vorlage 230/2010/3 ungeändert beschlossen.

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

1. Die Änderung der Entgelt- und Nutzungsordnung für städtische Räume und Außenflächen und die Erhöhung der Entgelte wird, wie in der Verwaltungsvorlage Nr.230/2010/3 vorgeschlagen, beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die Entgelt- und Nutzungsordnung rechtzeitig zum Haushaltsjahr 2013 einer Revision zu unterziehen.

**Abstimmungsergebnis: dafür 12**  
**dagegen: 5**

**4.7 Städtische Sportstätten als Betrieb gewerblicher Art 007/2011/1 (BgA) - Weiterer Sachstandsbericht**

Herr Kampschulte berichtet, dass die Vorlage 007/2011/1 den aktuellen Sachstand wiedergibt. Er führt aus, dass die Verwaltung innerhalb der nächsten 3 Monate eine aktualisierte Kostenermittlung erarbeiten soll. Außerdem soll ein Überblick über die aktuelle Hallenbelegung erarbeitet werden. Er weist darauf hin, dass eine rechtsverbindliche Auskunft erst dann beim Finanzamt eingeholt werden kann, wenn das Grundkonzept steht.

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Der Ausschuss für Kultur und Sport nimmt die Ergänzungsvorlage 007/2011/1 zur Kenntnis.

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

1. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr **2010** ab dem 01.08.2010 im Ergebnisplan in Höhe von 246.190,39 € und im Finanzplan in Höhe von 42.072,87 € genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.
2. Die vom Stadtkämmerer für das Haushaltsjahr **2011** im Zeitraum vom 01.01.2011 bis zum 28.02.2011 im Ergebnisplan in Höhe von 81.344,93 € und im Finanzplan in Höhe von 6.749,71 € genehmigten Haushaltsüberschreitungen werden zur Kenntnis genommen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: x**

- 6 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) 129/2010**

Siehe TOP A 9.

- 7 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) 129/2010/1**

Siehe TOP A 9.

- 8 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) 129/2010/2**

Siehe TOP A 9.

- 9 Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS) 129/2010/3**

Herr Dilly (FDP-Fraktion) schlägt vor, die Anliegeranteile in Anlehnung an Witten und Herdecke zunächst lediglich um 10 % zu erhöhen.

Herr Guthier weist darauf hin, dass die Stadt Gevelsberg, als weitere vergleichbare Stadt, aus Gründen der Haushaltskonsolidierung weiterhin die gleichen Erhöhungen anstrebt wie die Stadt Schwelm.

Herr Kampschulte bemerkt, dass man die Diskussion über die Erhöhung der Anliegeranteile nicht losgelöst von der gesamten Haushaltskonsolidierungsdiskussion führen sollte.

Herr Flühöh signalisiert, dass die CDU-Fraktion der Erhöhung der Anliegeranteile zur Zeit noch nicht zustimmen wird, da ihrer Ansicht nach die Konsolidierungsbemühungen bisher zu sehr von Ertragssteigerungen (z.B. Beitrags-/Gebührensteigerungen) und zu wenig von Aufwandsreduzierungen geprägt sind.

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

A) *(Höhere Anliegeranteile)*

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS ) gemäß der Anlage 1 zur Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 129/2010/3.

Der Beschluss des Rates vom 9.12.2010 zu TOP 11 wird aufgehoben.

**Abstimmungsergebnis: dafür 8**  
**dagegen: 9**

B) *(Alte Anliegeranteile)*

Der Rat beschließt die Neufassung der Satzung über die Erhebung von Beiträgen nach § 8 KAG NRW für straßenbauliche Maßnahmen der Stadt Schwelm (Ausbaubeitragssatzung / ABS ) gemäß der Anlage 2 zur Beschlussvorlage der Verwaltung Nr. 129/2010/3.

Der Beschluss des Rates vom 9.12.2010 zu TOP 11 wird bestätigt.

**Abstimmungsergebnis: dafür 9**  
**dagegen: 8**

**10 Bewilligung von außerplanmäßigen Auszahlungen 038/2011**  
**"Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I"**

**Es wird folgender Beschluss gefasst:**

Bei der Haushaltsstelle 01.01.13./0183.783100 - "Unterbrechungsfreie Stromversorgung VG I" werden außerplanmäßige Auszahlungen für das Haushaltsjahr 2011 in Höhe von 28.000,- EUR bewilligt. Die Deckung muss im laufenden Haushaltsjahr erwirtschaftet werden. Die Ausführung der Maßnahme steht unter dem Vorbehalt der aufsichtsbehördlichen Genehmigung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig: x**



Herr Schweinsberg ergänzt, dass auf jeden Fall davon auszugehen ist, dass es zu einer Entlastung für die Stadt Schwelm kommen wird. Außerdem führt er aus, dass eine Stellungnahme der Kommunalaufsicht im Hinblick auf die Freiwilligkeit der Leistungen noch nicht vorliegt.

### **Es wird folgender Beschluss gefasst:**

1. Die Neufassung der Satzung des Ennepe-Ruhr-Kreises über die Heranziehung der kreisangehörigen Gemeinden zur Durchführung von Aufgaben des Ennepe-Ruhr-Kreises als Träger der Leistungen nach dem SGB II – Grundsicherung für Arbeitssuchende - sowie die Beteiligung der kreisangehörigen Städte an den kommunalen Leistungen Im Rahmen der Leistungsgewährung nach dem SGB II (Anschlussvereinbarung) wird zur Kenntnis genommen.
2. Die Verwaltung wird ermächtigt, diese Anschlussvereinbarung abzuschließen

**Abstimmungsergebnis: dafür: 9**  
**Enthaltungen: 8**

### **14 Beteiligungsberichte 2008 und 2009**

**042/2011**

Die Vorlage 042/2011 wird zur Kenntnis genommen.

### **15 Fragen des Ausschusses an die Verwaltung**

Herr Stobbe berichtet, dass mittlerweile ein Entwurf einer gemeinsamen Stellungnahme der kreisangehörigen Städte zum Kreishaushalt 2011 vorliegt. Er führt aus, dass von den Städten Wetter, Gevelsberg und Schwelm ein zusätzliches Anschreiben verfasst wurde, welches im Wesentlichen dieselbe Zielrichtung aufweist.

Herr Flühöh bittet darum, dass sowohl der Text der Stellungnahme, als auch das Anschreiben der drei genannten Städte dem Protokoll als Anlage beigefügt werden.

### **Protokollnotiz:**

*Die gemeinsame Stellungnahme zum Entwurf des Kreishaushaltes 2011 wurde bisher nicht beim Kreis eingereicht und kann daher nicht als Anlage beigefügt werden. Das gesonderte Anschreiben der Städte Gevelsberg, Schwelm und Witten, welches mittlerweile beim Ennepe-Ruhr-Kreis eingegangen ist, wird der Niederschrift beigefügt (Anlage 4 zu TOP A 15).*

Unterschriften zu den Seiten 1 bis 15 der Sitzungsniederschrift vom heutigen Tage.

Schwelm, den 12.04.11

Schritfführerin  
gez. Müller

Vorsitzender  
gez. Flühöh